



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1/VIII/255 - 2.11.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Zur Hamburger Wahl	S. 1
"Daily Herald" zum Vierertreffen	S. 3
Gefährdeter Bundesjugendplan	S. 5
Zum Tode von Walter May	S. 7

Hamburger Entscheidung

(sp) Die vier im Hamburger Block zusammengeschlossenen Parteien (CDU, FDP, DP und BHE) haben bei der Bürgerschaftswahl am 1. November mit 62 gegen 58 Mandate eine ganz knappe Mehrheit vor der SPD erreicht - nach einem über ein Jahr lang mit allen Mitteln der Verleumdung (was der "Hanseat" sich geleistet hat, erlebte Hamburg seit den Tagen der Nazis nicht mehr) und einem riesigen Werbeaufwand geführten Kampf.

Die SPD hat ihre führende Position und damit auch die Hamburger Bundesratsstimmen durch den unnatürlichen und vermutlich wenig dauerhaften Zusammenschluß der Block-Parteien verloren. Aber sie ist nicht nur ungeschlagen, vielmehr vermochte sie ihren Stimmenanteil gegenüber dem 6. September von 38 auf 45,2 Prozent zu steigern, absolut um 52.000 Stimmen. Der Hamburg-Block verlor absolut 82.000 Stimmen, d.h. 5 Prozent der abgegebenen Stimmen insgesamt. Die Mehrheit des Blockes ist geringer als die Anzahl der Stimmen, welche die SPD in vier Wochen gewinnen konnte, die absolut und prozentual den bisher größten Stimmenanteil bei Hamburger Bürgerschaftswahlen überhaupt errang.

Die Gründe für das sehr erfreuliche Abschneiden der SPD im Verhältnis zu den Block-Parteien verglichen zur Situation im Bundestag liegt zum guten Teil in den Erfahrungen, die die Hamburger Bevölkerung in der Zwischenzeit gemacht hat. Da es sich

mir um einen Monat handelt, will das schon etwas heißen. Einmal hat der häßliche Schacher um die Ministersessel in Bonn und die Aufblähung der Bundesregierung ohne die geringste sachliche Notwendigkeit sehr vielen Hamburgern auch aus nichtsozialdemokratischen Kreisen gar nicht gefallen, ebenso wenig wie die unverkennbare Gleichschaltungstendenz. Adenauer verkannte auch die psychologische Situation, als er als ein wesentliches Ziel der Blockpolitik die Schaffung einer Zweidrittelmehrheit im Bundesrat, (die nun freilich gegeben ist) nannte. Es war auch für die Blockparteien sicher nicht zweckmäßig, daß sie einen Riesenaufmarsch der Bonner Regierungsprominenz inszenierten, denn in Hamburg wollte die Bevölkerung über die Führung ihrer Stadt entscheiden, und nicht eine Hamburg-Nachwahl zum 6. September veranstalten. Vor allem aber hat die kraftvolle Persönlichkeit Brauers das ihre zu diesem Ergebnis beigetragen.

Der Hamburg-Block hat den gegenwärtigen deutschen Gesandten in Stockholm, Dr. Curt Sieveking, als Bürgermeister nominiert, doch dürfte eine Senatsbildung ohne die SPD sich kaum als möglich erweisen. Dr. Sieveking, der von Anfang an für eine Koalition mit der SPD eingetreten ist, nannte das Wahlergebnis erfreulich. Der Vorsitzende des Hamburg-Blocks, Erik Blumenfeld, der das Ergebnis begreiflicherweise weniger erfreulich findet, sagte, man werde jetzt überlegen müssen, was geschehen könne.

Im übrigen bestätigt das Hamburger Wahlergebnis schon die bei der Bundestagswahl zutage getretene Tendenz der Vereinfachung der politischen Fronten. Die KPD wird öffentlich bedeutungslos. Die rechten Splittergruppen haben keine Chance. Doch zeigte sich auch, daß die Front zwischen SPD und Bürger-Block keineswegs unbeweglich ist. Dieses Mal hat ein von der Blockseite mit ungeheurem Aufwand geführter Kampf noch einen ganz knappen Sieg der Koalitionsparteien ergeben. Aber der beträchtliche Gewinn der SPD, dem auch viele liberale Hamburger beigetragen haben, beweist das ungeschwächte, ja erneuerte Vertrauen zu dieser Partei, die in Hamburg auf eine so große Leistung verweisen kann.

Gewiß - der Hamburg-Block hat eine knappe Mehrheit errungen, während die SPD die absolute Mehrheit verlor. Aber der angekündigte Sog des 6. September, d.h. die nachträgliche Anziehungskraft der politischen Entscheidung die er brachte, ist ausgeblieben. Im Gegenteil: der Rückschlag für die Bonner Koalitionsparteien ist unverkennbar und für viele über Erwarten groß.

Churchill muß handeln !

Der "Daily Herald", das Blatt der Labour-Party- veröffentlichte am 29. Oktober an führender Stelle einen Artikel, den wir hier wiedergeben. Er gewinnt dadurch an Bedeutung, daß sich zur gleichen Zeit und im gleichen Sinne auch maßgebende konservative Zeitungen äußerten, wie der "Daily Telegraph", der lange Zeit in dieser Frage einen anderen Standpunkt eingenommen hatte. D.Red.

Innerhalb von vierundzwanzig Stunden hat sich folgendes ereignet:

1. Im britischen Unterhaus wurde Winston Churchill gefragt, welche Vorkehrungen er für eine persönliche Begegnung mit Präsident Eisenhower getroffen habe.

Er antwortete: "Ich erwäge ständig, ob es eine Gelegenheit geben kann, mich mit dem Präsidenten der USA zu treffen".

2. Präsident Eisenhower wurde auf einer Pressekonferenz in Washington gefragt, ob ein Plan vorbereitet wurde für ein Treffen zwischen ihm und Winston Churchill.

Er antwortete, daß das nicht der Fall wäre, obgleich er und der britische Premierminister ständig nach einer Möglichkeit, sich informell zu unterhalten, Ausschau hielten.

Der gewöhnliche Staatsbürger muß auf derlei bedeutungsvolle Äußerungen mit Reaktionen antworten, die von Verwirrung über Wut bis zur Verzweiflung reichen.

Churchill sucht eine Gelegenheit, sich mit Eisenhower zu treffen. Eisenhower sucht eine Möglichkeit, sich mit Churchill zu treffen. Warum, zum Teufel noch einmal, fragt sich der normale Staatsbürger, treffen sie sich nicht ?

Der Himmel weiß, sie haben große Dinge miteinander zu besprechen. Was Winston Churchill im Mai als das Dringendste ansah, war die Frage, ob sie - Eisenhower und er - und der französische Premierminister vorschlagen sollten, sich persönlich mit Malenkow zu unterhalten.

In diesem Zusammenhang ist ein drittes bemerkenswertes Ereignis innerhalb derselben vierundzwanzig Stunden eingetreten. Wyschinski

sagte Pressevertretern in New York, daß Malenkow bereit sei, sich an einer Viermächtekonferenz zu beteiligen. Malenkow wünscht also Besprechungen mit Churchill, Eisenhower und dem französischen Premierminister. Churchill seinerseits wünscht Gespräche mit Malenkow, Eisenhower und dem französischen Ministerpräsidenten.

Was hält sie zurück? Was steht diesem großen Unternehmen, das, in den Worten Churchills- den Frieden für ein Menschenalter sichern könnte, im Wege?

Die Schwierigkeit ist bis jetzt die gewesen, daß Amerika Beweise verlangt für die "Aufrichtigkeit" der Sowjets, ehe man sich mit einer solchen Konferenz einverstanden erklärt. Und Wyschinski sagt, daß es keine "Vorproben der Aufrichtigkeit und der guten Absichten der Sowjets" geben könne.

Präsident Eisenhower hat gestern die Verwirrung erhöht, als er sagte, daß er es für hoffnungslos ansähe, sich mit den russischen Führern zu treffen, ehe er wüßte, was das kommunistische Ziel bei einer solchen Begegnung wäre. Die Kommunisten waren es aber nicht, die die Begegnung vorschlugen! Es war Winston Churchill!

Wie lange soll diese elende Lahmlegung der staatsmännischen Kunst noch dauern? Die Verantwortung für eine Beendigung dieses Zustandes liegt offenbar bei Churchill. Er muß vom Zaune herunter und die Initiative wieder aufnehmen. Anstatt sehnsuchtsvoll dem Parlament zu erzählen, wie schön es sein würde, sich mit Präsident Eisenhower zu treffen, sollte er ein Treffen ohne Zögern einberufen und einen ernster Versuch machen, die Politik der Westmächte in der lebenswichtigen Frage einer Annäherung an Rußland untereinander in Einklang zu bringen.

Die Hoffnung auf eine globale Befriedung wird durch schwächliche Führung in Gefahr gebracht.

+ + +

Fünftes Rad am Wagen

(W.B.) Dr. h.c. Lehr ging.

Als man sich dieser Tatsache beim Bundesgrenzschutz bewußt geworden war, nahm man von ihm mit einem zackigen Zapfenstreich gebührend militärisch Abschied.

Herr Dr. Schröder kam.

Als er am Tage nach seiner Minister-Ernennung zur Mittagszeit in sein Ministerium an der Rheindorfer Straße einzog, nahm der grau-uniformierte Wachtposten am Portal nicht einmal Notiz. Der neue Chef war für ihn noch kein Begriff.

Von Dr. Lehr hatte er wohl die Auffassung übernommen, daß er für die Polizei da sei. Wie oft sich der ausgeschiedene Innenminister mit Jugendfragen beschäftigt hat, läßt sich nicht feststellen. Vorschläge und Anregungen der Jugendorganisationen und Fachgremien der Jugendarbeit dürften aber kaum bis zu ihm vorgedrungen sein. Sie liefen sich alle in der Ministerialbürokratie tot, bevor sich der Herr Minister persönlich in der Lage sah, sich darüber Gedanken zu machen.

Bundesjugendplan im Sog der Bürokratie

Reden und Erklärungen für und um die Jugend waren platonischer Natur. Der Bundesjugendplan verlor durch seine völlige Bürokratisierung wesentlich an Wert. Jugendfragen waren eben weiter nichts als Angelegenheit eines der dreizehn Referate in der Abteilung "Wohlfahrt" des Bundesinnenministeriums. Wer den ministeriellen Weg und die Instanzenhoheit dort kennt, der weiß, daß damit die Jugend als fünftes Rad am Wagen des riesigen Ministerial-Apparates lief. Jugend als Wohlfahrts-, nicht aber als gesellschaftspolitischer Faktor !

In der Zeit, als noch nicht klar war, wie viele und welche Minister durch Adenauers Gunst in Amt und Würde kommen sollten, warf man auch die Bildung eines Jugend-Ministeriums in die Debatte. Ein großer Sprung vom Referat einer Abteilung zum eigenständigen Ministerium ! Ein viel zu großer Sprung, wie sich bald herausstellte. Mit der Diskussions-Kombination 'Jugend und Familie' begann der Abschwächungsprozeß, der als Endresultat alles beim alten ließ: Jugendfragen bleiben Teil des Bundesinnenministeriums. Das braucht nicht schlecht zu sein. Schlecht wird es nur, wenn sich der neue Minister die Arbeitsauffassung seines Vorgängers zu eigen macht. Dann geht auch ministeriell alles seinen alten Weg und die Jugend bleibt fünftes Rad am Wagen.

Daß mit einem neuen Mann nicht auch eine neue Auffassung Einzug hält, dafür traf die Ministerialbürokratie weitestgehend Vor-sorge. Am gleichen Tage, als Dr. Schröder seine neue Aufgabe über-nahm, tagte der Aktionsausschuß Bundesjugendplan. In dieser Sitzung

versuchte Ministerialdirektor Dr. Kitz, die alten Formen über die Augenblickslücke des Ministerwechsels hinüberzuretten. Nach seiner Vorstellung sollten in dieser Sitzung Einberufungszeitpunkt und Tagesordnung der nächsten Sitzung des Bundesjugendkuratoriums festgelegt und damit die bisherige Form und Art dieses Gremiums erhalten werden. Tags zuvor konnte er die Mehrheit der Ländervertreter noch für die Beibehaltung dieses, wie sich in der Vergangenheit gezeigt hat, absolut unzulänglichen Instrumentes gewinnen. Bei den Jugendvertretern aber fand er keine Gegenliebe. Sie waren nicht bereit, unzulängliche Einrichtungen zu übernehmen und damit den Weg zur prinzipiellen Diskussion und notwendigen Veränderung zu verbauen.

Das Wichtigste: "Förderung des Wehrwillens"

Das war ein Strich durch das Konzept der ministeriellen Dirigenten. Geschlagen aber werden sie sich deshalb nicht geben - schon diskutiert man in diesen Kreisen die Verringerung der Bundesjugendplanmittel, um auch von dieser Seite her den finanziellen Anforderungen eines kommenden Wehrbeitrages besser gerecht zu werden. Die Frage der jungen Generation sehen sie zunächst ausschließlich vom Gesichtswinkel der Wehrhaftmachung und Förderung des Wehrwillens der jungen Menschen. Für sie hat am 6. September der Mohr seine Schuldigkeit getan - kein Wunder, wenn diese Auffassung gerade beim Staatssekretär des Bundeskanzleramtes, Globke, besondere Gegenliebe findet.

Wir möchten vor diesen Gedankengängen warnen. Die Verankerung der jungen Generation im demokratischen Staatswesen ist bei weitem noch nicht vollzogen. Bei einer solchen Politik ist es sehr leicht möglich, daß die demokratische Entscheidung der jungen Menschen bei den letzten Wahlen eine Episode bleibt.

Ob der neue Mann in der Rheindorfer Straße die Hürden seines eigenen Apparates überwindet? Diese Frage stellen nicht nur die Jugendorganisationen und die in der Jugendarbeit tätigen Menschen, sondern auch alle diejenigen, denen die Probleme der jungen Generation ein echtes Anliegen sind.

Die Verantwortlichen der Jugendarbeit, die Vertreter im Deutschen Bundesjugendring und im Ring Politischer Jugend, gleich welcher konfessionellen und politischen Richtung, unterschiedlich in ihrer Auffassung von Aufgaben und Zielen, sind sich einig darin, daß in der Jugendpolitik ein neuer Weg gefunden und gegangen werden muß, weil sonst jede echte Initiative im Jugendsektor von der Ministerialbürokratie erdrückt wird.

+ + +

Walter May gestorben

WGO - Berlin

In den frühen Morgenstunden des 29. Oktober starb Walter May. Sein Wirken nach dem zweiten Weltkrieg bleibt unlöslich mit dem Neuaufbau des durch die Hitlerkatastrophe zerstörten Berliner Gemeinwesens und insbesondere mit der Wiederherstellung seiner Bildungs- und Kultureinrichtungen verbunden.

Er kam 1924 nach Berlin, um an der Universität und an der Deutschen Hochschule für Politik zu studieren. Nach dem Examen als Jugendwohlfahrtspfleger trat er 1927 in den Berliner Schuldienst.

Als Schulmann war Walter May ein vorbildlicher Jugenderzieher und Menschenbildner. Er suchte in seinem pädagogischen Denken, Planen und Handeln unzeitgemäße Privilegien und Vorrechte der bürgerlichen Gesellschaft durch ein demokratisches Erziehungs- und Kulturbewußtsein zu überwinden. Sein Kampf galt der Verbreiterung der allgemeinen Bildungsbasis, und gerade er hat sich immer wieder dafür eingesetzt, daß die hohen Gedanken des Humanismus nicht in der Form der alten Standeschule schematisiert, sondern als ein menschenbildendes Element in den Bildungsplan aller Schulzweige aufgenommen werden.

Walter May war ein Mann von großer kulturpolitischer Aktivität. In unermüdlicher Arbeit hat er den sozialdemokratischen Vorstellungen und Forderungen auf dem Gebiete des Schul- und Bildungswesens und der Kulturpflege weithin sichtbaren Ausdruck gegeben. Im Juni 1947 wurde er Stadtrat und Leiter der Abteilung Volksbildung des damaligen Magistrats von Groß-Berlin. Es ist keine Frage, daß er das Vertrauen, das man in ihn setzte, gerechtfertigt und daß er sich während seiner dreieinhalbjährigen Amtszeit voll bewährt hat.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau